

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Aboptionenpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fests- und Versammlungskosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftskosten werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhäuser Straße 38—42, Telefon-Akt. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Altvorstand Bochum.

Das vierte Kriegsjahr beginnt.

Wir sind in das vierte Kriegsjahr eingetreten! Wer hätte das vor drei Jahren für möglich gehalten?

Der Verlauf des Weltkrieges hat die Berechnungen auch der anspruchsvollsten ziviliistischen und militärischen Autoritäten glatt über den Haufen geworfen. Die hohen und drüben vor dem Kriege zu hörenden Verheißungen eines „schnellen, glänzenden Sieges“, der „vollständigen Niederwerfung“ der feindlichen Macht, auch von den erhebenden sittlichen Wirkungen des Krieges — der vordem oft ein „Stahlbad des Volkes“ genannt worden ist — haben sich als Falschrechnungen und Phantastereien erwiesen. Drei furchtbarer Kriegsjahre sind verflossen. Viele Millionen Menschen sind getötet oder verkrüppelt, umgeheuert, einst blühende Länderkomplexe sind zur grauenbosen Wüste geworden. Die direkte finanzielle Belastung der kriegsführenden Staaten beläuft sich schon auf viele hunderte Milliarden Mark (eine Milliarde gleich tausend Millionen!), und noch immer steht der den Völkern, die durch Vorgänge, auf deren Entwicklung sie keinen bestimmenden Einfluss hatten, unversehens in das entsetzliche Blutbad hineingeworfen sind, wer weiß wie oft „bomben-sicher“ versprochene „glänzende Sieg“ in weiter Ferne. Ja, er ist immer ferner gerückt, je länger der Krieg dauert. Infolgedessen sind nun die Völker von einer augenscheinlich wachsenden Unruhe über ihr Schicksal ergriffen, teilweise von einer Empörung, die sich im dritten Kriegsjahr in dem Reich, das ganz selbstherrlich wurde, zur gewaltshamen Beleidigung des autokratischen Partismus steigerte.

In keinem der Länder, die im August 1914 in den blutigen Wirbel hineingerissen wurden, ist heute der damals leitende Haupt-Minister noch am Ruder. Auch die damaligen oberen militärischen Operationsleiter sind — mit Ausnahme des italienischen Cadorna — überall, zum Teil wiederholt, durch andere ersetzt worden. Dieser Wechsel kennzeichnet auch die wachsende Beunruhigung, das Niederbrechen vieler Hoffnungen; er ist charakteristisch für das Schwinden des einst so felsenfesten Autoritätsglaubens.

Es ist ganz anders gekommen, als in der Maienblüte des fünftzigtausendfachen Kriegsraubes gehofft wurde. Auch die schlimmsten Ahnungen und Voraußschauen der prätiven Kriegsfürnde wurden durch die grausige Wirklichkeit weit übertroffen. Angefangen ist der Krieg verschlucht schnell und leicht, aber wie ist es zu beenden? Das Verhöngnis hat nach und nach fast alle Weltteile ergriffen. Der Kriegsschauplatz hat sich riesenhaft erweitert, immer mehr Staaten und Völker wurden in den vernichtenden Maßstrom des Krieges hineingerissen. Immer tiefer wurde in das Völkerreservoir hineingesucht, um die durch den beispiellos massenhafsten Schlachttod entstandenen Lücken der Heere wieder aufzufüllen. Vom Jungling in noch fast kindlichem Alter bis zum gereiften Mann, der selbst schon Söhne und Schwiegersöhne hergeben mußte, steht jetzt im Kriegsfelde, was nur eben an waffenfähigen Volksgenossen aufgeboten werden konnte. Mit diesem Ausschöpfen der besten Volkskräfte wurde aber auch das Entsetzen vor den unablässbaren Folgen dieser Menschheitstragödie, drängte sich immer harter die Frage in den Hintergrund: Wozu das alles? Was das Entsetzliche notwendig? Und die Antwort klingt aus den Völkern heute ganz anders als vor drei Jahren!

Auf den Schlachtfeldern wütet der Massentod, im Innern der Länder aber wütet der Hunger! Die schamlose Ausbeutung der ärmsten Volksgenossen durch verbrecherische Gewinnjäger geht auf, lippig. Die „sittliche Erhebung“, von den Kriegsverherrlichen als „moralischen Gewinn des Krieges“ bewiesagt, stellt sich den Zeitgenossen dar als eine sittliche Verrohung, ein unerhörter, aller Sadismus barer, wilder Tanz um das goldene Kalb, der alles, was wirtschaftlich schwächer und was entstädiger Gestaltung ist, rücksichtslos niederrampft. Die selbststüchtigsten, gemeinsten Instinkte wuchern am üppigsten empor. Das fragt nicht nach der Not des Vaterlandes, nicht nach dem Sommer der hungernden Witwen und Waisen, nicht nach der bittersten Notdurft der mittellosen, schwerarbeitenden Männer und Frauen, nicht nach religiösen Moralvorchriften und gesetzlichen Verbote, nicht danach, ob die so furchtbar Ausgebeuteten zur verzweifelten Empörung getrieben werden. Nein, danach fragt die siebenende Gewissensfurcht nicht, sondern sie töbt sich aus und sollte deswegen das ganze Gemeinwesen zu Grunde gehen. Wenn nur auf seinen Trümmern die kapitalistische Profitfahne siegreich flattert, dann mag es sonst kommen, wie es will. Es ist das kapitalistische System, das sich während des Krieges in seiner ganzen Unbarmherzigkeit offenbart hat, unter dessen Geist die Völker diesseits und jenseits der Schüngengräbenlinien in gleicher Weise leiden.

Das kapitalistische System hat sich nie so frisch als eine Menschheitssplage herausgestellt wie im Verlauf der drei Kriegsjahre, die wir — darüber ist sich inzwischen eine auch gewaltig angedeutete Völkermehrheit immer klarer geworden — in der

Hauptbereiche des Imperialismus und jenseits des Atlantischen Oceans verstanden, die öffentliche Meinung direkt und indirekt durch Helfer, die über die eigentlichen Triebkräfte der Völkerentzweiung unklar geblieben sind, aber auch durch eigens gekaufte Organe für den angeblich „mauswirtschaftlichen Krieg“ zu präparieren. Und nachdem die Katastrophe eingetreten war, sehen wir überall, wie dieselben Kreise und Interessengruppen die annexionistischen Kriegsziele als „nationale Lebensinteressen“ vertreten, sie mit beharrlichem Eifer, auch gegen ihr abgeneigte Regierungsstellen mit leidenschaftlichen Anklagen und selbst offenen Drohungen verfechten. Diese überall von den gleichen nationalistischen Kreisen und großkapitalistischen Gruppen betriebene Erbeutungssagitation hat den Krieg so furchterlich in die Länge gezogen und den Völkern die nun so gut wie sichere Aussicht auf den vierten Kriegswinter eröffnet.

„Nach dem Kriege wird es nur noch ganz Arme und ganz Reiche geben.“ Diese Ansicht ist immer mehr Gemeingut des Volkes geworden. Eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen und Familien haufen Millionen zu dem bereits vorhandenen Misserfolgen; ein „neuer Mittelstand“ entstand durch die profitablen Kriegswuchergeschäfte naunlich mit Nahrungsmitteln und sonstigen Bedarfssorten der großen Masse. Über die breitesten Schichten des „alten Mittelstandes“ verloren ihre behaglichen Wohnstand, sonnen verlornt ins Proletariat und die ungewisse Klasse dieses Proletariats, ausgebeutet durch schamlosen Wucher, entkräftet durch unzureichende Ernährung bei schwerer Arbeit, ist bettelarm, buchstäblich blutarm geworden. Es sieht sich in seiner wirtschaftlichen Zukunft immer stärker bedroht, je länger der Krieg dauert.

Begreift man deshalb, warum die wirklich schaffenden (arbeitenden) Stände mit zusehends wachsender Schnauze nach dem Weltfrieden ausblicken?? Sie verlieren ja immer mehr, je länger der Krieg dauert. Sie haben immer mehr einzehn müssen, daß die Fortsetzung des Menschenmordes um Erbeutung willen, die sich mit dem vor drei Jahren offiziell proklamierten Charakter des Krieges als eines Vertheidigungskampfes nicht vertragen, ein Verbrechen gegen die Menschheit ist. Diese Erkenntnis brach sich im dritten Kriegsjahr überall breitere Bahnen.

Darum hat die wenige Tage vor dem Abchluß des dritten Kriegsjahrs von der großen Mehrheit des Reichstags angenommene Resolution für einen Verständigungsfrieden die freudige Zustimmung der Arbeiterschaft gefunden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß nicht nur die zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehörenden Gewerkschaftsführer für diese Resolution gestimmt haben, sondern auch die dem Zentrum bzw. der deutschen Fraktion angehörenden christlichen Gewerkschaftsführer stimmten dieser Resolution zu. Diese einmütige Stellungnahme gerade der Volksvertreter, die als gewerkschaftliche Arbeiterschüler am zuverlässigsten über die Stimmen der breiten Arbeiterschaft unterrichtet sind, müßte auch jenen Organen und Persönlichkeiten die Augen über den Volkswillen öffnen, die immer noch den Kriegsverlängernden Erbeutungszwecken nachhören, sich sogar jetzt frapphaft bemühen, den deutlichen Beschuß der Reichstagsmehrheit als für die Reichsregierung unverbindlich, ja als gegen ihre Meinung gefaßt hinzustellen! Durch dieses höchstgefährliche Manöver wird die gegenseitige denkende große Volksmehrheit beunruhigt und gereizt. Den ausländischen Kriegshabern aber wird, wie sich schon zeigte, das verbrecherische Handwerk erleichtert. Mon verkenne die Volksstimme nicht! Sie will nach drei Jahren Menschenvernichtung und wucherhafter Ausbeutung so schnell wie möglich den Verständigungsfrieden!

Nicht „um jeden Preis“, denn das wäre kein Verständigungsfriede. Solange die ausländischen Kriegstreiber nicht auf ihre gegen Deutschland und seine Verbündeten gerichteten Erbeutungs- und Vergewaltigungszwecken verzichten, werden wir notgedrungen den Vertheidigungskampf fortsetzen müssen. Uns trifft dafür die Blutschuld nicht. In seinem von dem Beschuß der Reichstagsmehrheit sehr geprägten Bewußtsein, nur einen Vertheidigungskrieg zu führen, ist das deutsche Volk zum Ausarbeiten entschlossen. Die Buericht, daß wir militärisch dem Sturm standhalten werden, kann aber nicht die große Sorge unterdrücken, daß es dem höchst gefährlichen inneren Feind, der schamlosen Volksauswüchsen, doch noch gelingen könnte, uns den nahenden vierten Kriegswinter einfach unerträglich zu machen. Hier haben die zentralen Regierungs- und die ihnen nachgeordneten Verwaltungsbehörden eine Aufgabe vor sich, von deren Lösung es abhängt, ob die deutschfeindlichen Kriegstreiber nicht doch, trotz aller Tapferkeit unserer Kameraden im Waffenrock und aller Entbehrungsfähigkeit der Volksmassen in der Heimat, schließlich als Sieger auftreten dürfen.

Lohnforderungen in Oberbayern.

Ein Gemeinschaft mit dem deutschen Metallarbeiterverband, dem Verband der Maschinen- und Heizer und dem christlichen Gewerkschaftsverein hat unser Verband an die Leitung der Bergwerke Benzberg, Hausham und Marienstein folgende Forderungen ge-

1. für Hauer 6,50 Mark, 2. für Zimmerhauer im Gedinge 6 Mark, 3. für Schlepper im Gedinge 5,50 Mark. Schichtlohn ohne Teuerungszulage; 4. für jämliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Handwerker einen Zuschlag von 80 Pf. pro Schicht; 5. für Handwerker eine Erhöhung des Akkordsäke um 25 Prozent; 6. für Überschichten ein Zuschlag von 30, für Sonntagschichten von 50 Prozent; bereits bestehende höhere Zuschläge sollen davon unberüht bleiben.

An die Leitung des Bergwerks Weizenberg wurden folgende Forderungen gestellt:

Werke und Arbeiter teilnahmen. Die Sitzung dauerte von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Schließlich erklärten sich die Werksvertreter (Direktor Janota und Kommerzienrat Kopp) bereit, ab 1. Juni die Kriegsteuerungszulage zu erhöhen und zwar

für Ledige	0,75 Mk. auf 0,90 Mk.
Verheiratete, kinderlos	1,25 " 1,50 "
" mit 1 Kind	1,50 " 1,80 "
" " 2 bis 3 Kinder	1,75 " 2,10 "
" " 4 bis 5 Kinder	2,00 " 2,40 "
" " 6 und mehr Kinder	2,25 " 2,70 "

Die Durchschnittliche Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen beträgt 32 Pf. pro Tag. Außerdem wird ein Zuschlag gewährt:

- über Tage: a) 30 Pf. für sämtliche Handwerker, Maschinisten, Personal bei der Wäsche und Kohlenförderung, bei der Drahtseilbahn und in den Kesselsäulen. Soweit Frauen oder Kinder eingestellt sind, erhalten sie 20 Pf. b) 20 Pf. für sämtliche übrigen Tagearbeiter wie Fuhrleute, am Holzplatz beschäftigte usw., sämtliche weiblichen und jugendlichen Arbeiter.
- unter Tage: 30 Pf. für sämtliche Arbeiter etwa von 27 Jahren an, die jüngeren erhalten 20 Pf.

Bergmeister Kaufmann erklärte: Ab 1. Februar wurden für Erwachsene 30 Pf. Zuschlag pro Schicht gewährt, für Jugendliche und Weibliche 20 Pf. Zu dieser Zulage soll ab 1. Juni für alle Arbeiter über 16 Jahre 35 Pf. für jugendliche und weibliche 20 Pf. gewährt werden.

Mit Punkt 5 der Forderungen, Erhöhung der Akkordsäke für Handwerker um 25 Prozent, und Punkt 7, bereits bestehende Zuschläge weiter zu erhöhen, erklärten sich die Parteien einverstanden. Zu Punkt 6, Gewährung von Zuschlägen für Über- und Sonntagschichten, sollte die Antwort später gegeben werden. Über die Forderungen zu 1, 2 und 3 wurde eine Einigung nicht erzielt.

Besonders bemerkenswert ist, daß Direktor Janota während der Verhandlungen sagte:

„Wir sind damit einverstanden, daß sämtliche Streitfälle einem einzigen Schlichtungsausschuß, welcher natürlich mit den entsprechenden Beisitzern befreit sein müßte, übertragen werden da grundlegende Fragen zu erörtern sind, wären auch Vertreter aus dem Ruhrgebiet beizuziehen... Die Oberbayerische A. G. lehnt den Schichtlohn wie Mindestlohn ab, weil hier nach nur die Löhne ohne entsprechende Gegenleistung festgesetzt würden. Beim Mindestlohn würde die Leistung heruntergehen um mindestens 40 Prozent. Bei Mindestlohn ohne Mindestleistung wird eine Prämie auf die Faulheit gesetzt.“

Wenn das zutrifft, dann wird es die höchste Zeit, daß die Mindestlöhne überall, auch bei den Betriebsdirektoren, Aufführer, Verwaltungsräten usw. abgeschafft werden. Das ist allerdings eine Frage von grundlegender Bedeutung, die es nötig macht, daß nicht nur Vertreter aus dem Ruhrgebiet, sondern aus dem ganzen Reich zugezogen werden, damit die Abschaffung der Mindestlöhne ohne Mindestleistung für die Herren Betriebsdirektoren, Aufführer, Verwaltungsräte usw. einheitlich erfolgen kann. Aber — an diese Herren wurde nicht gedacht, sondern nur an die Arbeiter —.

Nur wo es sich um Arbeiter handelt, müssen Fragen, welche die Herren für sich längst grundsätzlich gelöst haben, nochmals grundsätzlich gelöst werden und — da grundlegende Fragen zu erörtern sind, wären auch Vertreter aus dem Ruhrgebiet beizuziehen.“ Aus dem Ruhrgebiet! Schon 1911 beim Bergarbeiterstreik im Zeis-Weizenjäger Revier wurde Vertretern der Arbeiter werksseitig gelagert:

„Schaffen Sie Tarife im Ruhrgebiet und Sie haben sie im Braunkohlenrevier ohne Kampf.“

Im Ruhrgebiet liegt also der Schwerpunkt aller Widerstände. Danach müssen sich die übrigen Bergreviere richten. Das ist uns nicht neu! Aber es ist doch gut, daß es auch von Oberbayern aus den Zeitgenossen in dieser Weise ins Gedächtnis gerufen wird.

Durch Schreiben vom 27. und 28. Juni wurde von der A.G. Generaldirektion der Berg-, Hütt- und Salzbergwerke und von der Oberbayerischen A. G. für Kohlenbergbau mitgeteilt, daß Mindestlöhne, „mögen sie nun als Schicht- oder Durchschnittslöhne erscheinen, unter allen Umständen abgelehnt“ werden. Ebenso wird die Zahlung eines Zuschlags für Über- und Sonntagschichten abgelehnt. Dagegen soll für Sonntagschichten einzelner Arbeiter, die in die Zeit von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr abends fallen, ein Zuschlag von 25 Prozent geahlt werden. Dieser Zuschlag wird aber nicht gezahlt, wenn an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen normale Förderrichtungen verfahren werden müssen. Auch nicht „an jene Nachtschicht, welche nach 2 oder mehreren Feiertagen anfängt, um die Wiederaufnahme des werttätigen Betriebes zu ermöglichen.“

Zur Zahlung von 50 Prozent Zuschlag für Sonntagschichten konnte man sich nicht entschließen. Die Oberbayerische A. G. für Kohlenbergbau sagt dazu in ihrem Schreiben vom 28. Juni:

„Zu der geforderten 50prozentigen Vergütung an Sonn- und Feiertagen können wir uns nicht entschließen, weil eine so hohe Erhöhung und der damit geschaffene sehr hohe Verlust der an und für sich hoch eptolmten Grubenarbeiter einen Anteil zum Blau-machen unter der Woche bilden und somit einen Produktionsrückgang herbeiführen würde. Aus den gleichen Gründen lehnen wir die Vergütung an Werktagen ab.“

Die Antwort haben die Belegschaften selbst in folgenden Entschließungen gegeben, welche dem Kriegsamt und dem Kriegsministerium am 10. Juli zugesandt wurden:

Entschließung Hausham und Benzberg.

Die Belegschaftsversammlungen der Gruben Hausham und Benzberg nahmen Kenntnis von dem Bericht über die Verhandlungen wegen Regelung der Verdienstverhältnisse bei den oberbayerischen Bergwerksbetrieben.

ihm der Reichsverband, unterzeichnet: "Die Hauptstelle Dr. Böven-
schen":

Der Krupp'sche Werkverein wird in der Haupthecke von der
Firma Krupp unterhalten. Bitte wenden Sie sich unter Berufung
auf mich direkt an Herrn Geheimen Finanzrat a. D. Eugenberg,
den Vorsitzenden des Direktoriums der Firma Krupp, und schreiben
Sie ihm, welchen Eindruck es auf ehemalige Arbeiter, die gegen
die Sozialdemokratie kämpfen, machen würde, wenn Sie in solcher
Weise vor Seiten des Werkvereins auf dem größten deutschen Unter-
nehmen behandelt würden. Ich bin überzeugt, daß der Herr Ge-
heimrat Eugenberg für Abhilfe sorgen wird."

Herr Geheimrat Eugenberg sorgte denn auch für Abhilfe, d. h., er wiede Herrn Szell. Füchel das Honorar für den "entlehnten" Artikel an. Unternehmern haben die vorchristliche Beziehung ins Leben gerufen, sie wird lediglich von Unternehmensgründen gehalten, nur Unternehmensfachwölker treten für sie ein. Herr Geheimrat Eugen-
berg weiß sogar das Honorar für den "entlehnten" Artikel an, und
wer noch eine Ergründung dieser Seelenpflege braucht, der sehe sich
den Anfangsteil des Werkvereins an.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Überbergamtbezirk Dortmund.

Bertrauensmännerkonferenz in Gelsenkirchen.

Die Konferenz der Bertrauensleute des Bergarbeiterverbandes des Gelsenkirchener Bezirks, die am 22. Juli tagte, gab das Bild, daß das Verbandsleben daselbst sich wieder etwas rauer gestalte. Durch die Einzugsungen einer Anzahl Verbandsangehöriger ist es somit gelungen, daß eine ganze Reihe Verbandsvereine ohne Bezirksleiter da stehen, ohne daß für sie vollwertiger Erfolg geschafft werden kann. Es kam es, daß in einzelnen Bezirken, auch im Gelsenkirchener, die Agitation ziemlich brach lag; was auf den Stand des Verbandes unzweckmäßig einwirkte. Im Laufe dieses Jahres ist trotz dieses unzweckmäßigen Zustandes eine Besserung eingetreten und es kommt auf der Konferenz festgestellt werden, daß in diesem Jahre der Verband im Bezirk um mehrere hundert Mitglieder zugewonnen habe. Diese Zahl zu neigern, war das Thema, worüber hauptsächlich beraten wurde, und man kam zu dem Entschluß, mehr wie bisher in die Agitationsarbeit einzutreten. Offiziell beteiligen sich also Mitglieder an dieser Arbeit, damit der Stand des Verbandes wie in anderen Bezirken auch im Gelsen-
kirchener Meter eine anscheinliche Höhe erreicht.

Die Bertrauensleute erörterten auch die Lebensmittelfragen. Es hätte sich so jährlie die Bertrauensleute aus, ein Zustand entwickelt, der zum Himmel schreit, den Belehrungen und Versprechungen maßgebender Inflanz, daß es mit der Lebensmittelversorgung besser würde, könne man auf Grund der Erfahrungen kaum noch Glauben schenken. Es schreibt der energische Wille durchgedrückt, denn sonst könnte das Janusbild nicht zeigen, wie auf dem Obst- und Gemüsemarkt. In einer Zeit, wo es überhaupt an Nahrungsmitteln mangelt, hätte man mit einer gerechten Verteilung und billigeren Preiss-
politik auf dem Obst- und Gemüsemarkt in dieser Periode aus der Ernte für die Arbeitersfamilien Erleichterungen schaffen können. Man habe doch dreifachige Erleichterungen hinter sich. Wenn die Politik weiter fortgesetzt wird, kann man noch etwas erleben, das es unmöglich ist, bei solcher Ernährung noch die Arbeitsleistung aufrecht zu erhalten. Die Unterernährung habe schon die schlammigen Folgen gezeigt und wenn die Regierung jetzt nicht anders aufsetze, dann trage sie die Verantwortung für die Dinge, die sich unter solchen Verhältnissen entwenden müssen. Die Bertrauensleute standen auf dem Standpunkt, daß der Lohn von 10,50 Mark schon längst nicht mehr ausreiche, um die Lebenshaltung zu decken, daß entweder die Löhne baldigst weiter steigen oder die Lebensmittelpreise sinken müßten. Eins von beiden könnte es nur geben, nur so könnten die Bergarbeiter die Verpflichtungen auf sich nehmen, die ihnen der Krieg und die Landesverteidigung auferlegen. Leere Versprechungen und schöne Worte schenken sie ab, sie wollen endlich einige Taten in der Versorgung sehen und gründliche Beiträge derjenigen, die heute mit den Lebens-
mitteln nach den idyllischen Wunder treiben könnten. Nach Annahme einer diesbezüglichen Resolution wurde die anregend verlaufene Konferenz geschlossen.

Im Zeichen des Fortschritts!

Das zweite Quartal 1917 brachte dem Verbandsbezirk Hamm einen sehr erfreulichen Mitgliederzuwachs. Es schließt ab mit 874 neu gewonnene Mitgliedern. Davon entfallen auf die Zahlstellen Altenhöge 107, Münthe 95, Boden-
hövel 78, Westen 169, Herren 61, Kamen II 60, Unna 40, Werne 48, Kaiserau 47, Heeren 32, Koenen II 31, Königsborn 31, Eauern Stadt 27, Wiesberghöfen 27, Ahlen 24, Hennig Nord 19, Westen II 15, Kamen I 10. Der Rest entfällt auf weitere 5 Zahlstellen. Merkwürdig, gerade in den Belegschaften, wo die Beziehungen den beständigen Lohnforderungen gegenüber am sprödesten waren, wie Königsborn II und III/V, Werne I, II und III, Kourl und de Wendel, war der Mitgliederzuwachs am ergiebigsten. Diese Zahlen bestätigen wieder einmal das Goetheswort von der Kraft, die das Löse will, und daß Gute schafft. Die Mitgliederbeiträge stiegen von

16 284,50 Mark im 4. Quartal 1916 auf
18 359,30 Mark im 1. Quartal 1917 und
20 538,70 Mark im 2. Quartal 1917.

Die Beitragssumme des Monats Juni ist überzeugt diejenige des Monats Dezember um 223 240 Mark. Die Abgänge am Mitgliedern sind ganz verschwindend niedrig. Sie waren niemals niedriger seit Bestehen des Verbandes. Insgesamt betrug die Zahl der Neuaufnahmen im ersten Halbjahr des Jahres 1917 übersteigt also jetzt schon beträchtlich das Jahrsergebnis der letzten drei Friedensjahre. Ohne Zweifel wird das Erstarken des Verbandes im Bezirk Hamm auch weiter so anhalten, dank der Rücksicht unserer Kameraden. Es ist eben ein ganz neuer Geist in den Bergarbeiterverbänden, die ihre Kraft führt und ihre eigene Neuorientierung selbst vollzieht. Nur so weiter Kameraden! Noch ein jolcher Sprung wie im zweiten Quartal 1917 und wir haben in unserer Friedenszeit wieder erreicht. Zu eurem eigenen Segen!

Zeche Kurl und der Schlüttungsausschuß.

Am 25. Juni sollte der Schlüttungsausschuß in Dortmund, da alle Einigungsverträge an der ablehnenden Haltung des Reichenber-
treters feierten, gegen die Zeche Kurl folgenden Schiedsspruch:

1. Der Schlüttungsausschuß stellt fest, daß auf der Zeche Kurl die Erhöhung der Löhne für Hauer im Gedinge in dem Umfang, daß bei weiteren Lohnerhöhungen bei normaler Leistung und normalen Betriebsverhältnissen für den Monat September 1917 ein Durchschnitts-
lohn von 10,50 Mark erreicht wird, angebracht ist.

2. Der Schlüttungsausschuß stellt ferner fest, daß es angemessen ist, wenn auf der Zeche Kurl die Durchschnittslöhne aller übrigen Arbeitergruppen im denselben Maße, wie die Löhne der Hauer im Gedinge steigen.

Obwohl dieser Schiedsspruch hinter den berechtigten Forderungen der Arbeiter zurückbleibt, hat ihn die Zeche Kurl nicht anerkannt.

Am 23. Juli sagten nun der Schlepper A. und der Gedinger-
schlepper B. gegen die Zeche Kurl auf Teilung eines Abfahrtscheinnes. Dem Reichenberter wird vom Vorstand die Rechtsbelehrung gegeben, daß nach § 13 des Schlüttungsausschusses jedem Arbeiter der Zeche Kurl nach abgelaufener Frist eine Entnahmefreiheit ohne Transaktionnahme des Schlüttungsausschusses der Abfahrtschein der Reichenbertrachtung zu erteilen ist, da sich die Verwaltung der Zeche Kurl dem Schiedsspruch des Schlüttungsausschusses vom 25. Juni nicht unterordnet hat. Den beiden Schleppern die am 15. Juli gefordert haben, ist am letzten Juli von der Verwaltung der Reichenbertrachtung zu erteilen. Auch die Einbindung des Reichenbertrachters, daß einer von den beiden Schleppern doch über 10 Mark pro Schlepper verdient habe, kann daran nichts anderes, da der Lohn für die Arbeit von Kurl keine Rolle spielt.

Friedrich Dönhoff.

Auf Zeche Heinrich in Leibnitzburg starb unser Kamerad Friedrich Dönhoff und wurde am 22. Juli zu Grabe gelegt. Er wurde am 8. September 1889 geboren und starb am 26. August 1907 als Siebenundzwanzigjähriger in unserem Verbande bei. Dann aber zählte er bald zu den besten. Seine Kameradschaftlichkeit und Opferwilligkeit schätzten ihm in Kameradenkreisen Ehrengabe und Freundschaft. Blonder Erfolg ist seiner hingebenden Tätigkeit zu danken, manches Mitglied hat er in seinem Verbande zugeführt. Eine wie große Tat und Anerkennung er in Kameradenkreisen bezog, zeigte die Beteiligung bei seiner Beerdigung. Selbst aus seinem früheren Wirkungskreis, der Zahlstellen Kran, waren Kameraden gekommen, um dem toten Freunde und Kämpfer das letzte Geleit zu geben. Alle

die ihn kannten, besserten seinen Verlust. Aber in ihrer Erinnerung wird er fortleben als ein Vorbild kameradschaftlicher Treue. Ehre seinem Andenken. Die Ortsverwaltung der Zahlstellen Leibnitzburg.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Anerkennung der niedersächsischen Montanwerke.

Als Bergarbeiterleute schreibt man uns, daß die Verwaltung der niedersächsischen Montanwerke ihren Arbeitern für außerordentliche Leistungen eine besondere Gratifikation zugesetzt habe. Aus den Grubenlogen, die sich in Sehns-Wiehler-Höhlen befinden, wurde den Belegschaften folgende Bekanntmachung unterbreitet:

"Auf allen Fronten werden wir in den nächsten Monaten neue schwere Angriffe zu erwarten haben, die nur abwendbar werden können, wenn unsere Truppen ausreichend mit allen Abwehrmittel, vor allem mit Munition, versehen sind. Zu deren Herstellung sind vor allem die Kosten notwendig. Ohne sie können die Hochöfen, ruhen die Granatendrehmaschinen, feiern die Munitionsfabriken.

Zur unsre sämtlichen Belegschaften, vom Metall bis zum Hüttenberg, gilt es daher sehr mit nicht erlahmendem Willen, trotz der Widrigkeiten der uns aufzugebenden harten Lebensweise, alle Kräfte einzugeben, daß unser Heer den feindlichen Angriffen nicht schutzlos preisgegeben ist und keiner an dem Tode auch nur eines seiner Brüder infolge Käfigkeit schuldig werden kann.

Außer dem Heer verlangt auch die Heimat Erhöhung der Arbeitsförderung, Vermehrung der Wirtschaftserstellung, damit in den Städten und auf dem Lande im nächsten Winter nicht harte Not entstehe, wie in dem vergangenen.

Erfüllt von den Gefühlen der Verantwortlichkeit gegen Heer und Heimat und in der Überzeugung, ein volles Verständnis für das Vaterlandes Notwendigkeit zu finden, richten wir an unsere Belegschaften die dringende Aufrufserung, wie bisher auch weiter durch erhöhte Leistungen und verlängerte Arbeitszeit den Kampf der deutschen Heimat gegen die englische Welt zu führen, den wir nach Hindenburgs Worten gedenken werden, wenn wir den Erfolg der W-Droh abwarten können.

Als Anerkennung für die vergangenen Leistungen und als Unterstützung für die Zukunft wollen wir an unsere sämtlichen Belegschaften eine einmalige Belohnung für alle Arbeiter zur Ausszahlung bringen, die am 15. Juli in unseren Diensten stehen und mindestens seit dem 1. April d. J. bei uns arbeiten.

Die Belohnung soll betragen:

A. Niedersächsische Montanwerke Aktiengesellschaft
geg. Höfmann-Leopold.

Wenn die Gesellschaft die erlösten Leistungen, sowie die Bereitschaft zur Leistung von Überlasten anerkennt und dafür eine besondere Belohnung auswirkt, dann sollte sie auch endlich den Forderungen der Arbeiter Nachdruck tragen und eine allgemeine Aufbesserung der recht timmerlichen Löhne vornehmen. Hierzu wird sich wohl die Gesellschaft erzielen herbeilassen, wenn sich die Belegschaften die nötige Gelung verabschieden.

Mansfelder Gewerkschaft.

Die Mansfelder Aufsichtsleiter bauen die Gewerkschaft in Gies-
leben, die außer Metallgruben und -hütten auch Kohlen- und Kaliberg-
bau betreibt, weit für 1916 einen Betriebsertrag von 20 850 939 Mark
(1915: 23 449 596) auf. Laut Geschäftsjahresbericht haben die vorwiegend
im Niedersachsen liegenden Betriebe der Gewerkschaft mit höchster
Anstrengung gearbeitet. Auf verschiedenen Gebieten des Unternehmens
wurden abermals Höchstleistungen erzielt. Wenn trotzdem der Be-
triebsgewinn niedriger ausgewiesen wird als im Vorjahr, so dürfte
dies darauf zurückzuführen sein, daß die Gewerkschaft eine größere
Kriegsgegenkunstauslastung vor Feststellung des Betriebserfolges ab-
gesehen hat. Nach Abzug familiärer Unsitten und Zinsen werden
10 685 722 Mark (10 419 311) zu Ausschüttungen verwendet, ein Betrag,
der über die für diese Zwecke in normalen Zeiten verwendeten Sum-
men um mehr als 5 Millionen Mark hinausgeht. Die Ausschüttungen zu
den verschiedenen Fonds betragen degegen diesmal nur 1 500 000 Mark gegen 6 300 000 Mark, wobei zu berücksichtigen ist,
daß in 1916 nicht nur die Ausschüttungen zu den üblichen Reservekonten
erheblich niedriger bewilligt wurden als im Vorjahr, sondern auch Sonderdotierungen, wie die des Anfeindungsfonds (im Vorjahr 1 800 000 Mark) und der Ausbeuterüllage (i. S. 2 Millionen Mark)
unterblieben. Die Verwaltung konnte offenbar gerade infolge der
großen Rücklagen des Vorjahrs im Jahre 1916 ihre Auswendungen für
diese Zwecke herabmindern. Infolgedessen wird auch ein höherer
Lohnerhöhung ausgewiesen als im Vorjahr, der einschließlich des Er-
winnervortrages von 721 354 Mark (700 447) 5 700 790 Mark (4 177 354)
beträgt. Daraus gelangt eine Ausschüttung von 80 Mark zur Verteilung,
während sie im Vorjahr 50 Mark betrug. Es sind dies die höchsten
Ausdienste, die die Gesellschaft jemals zur Ausschüttung gestattet hat.
Für die Bilanz erläutern u. a. Kreditoren mit 42 435 361 Mark
(46 921 628), Effektoren mit 20 665 624 Mark (10 033 085) und Borräte
mit 17 579 496 Mark (13 201 599). Kreditoren sind mit 13 792 639 Mark
(14 310 707) ausgewiesen.

Die Mansfelder Gewerkschaft ist also bisher sehr gut durch den Krieg gekommen, weit besser, wie Arbeiter. Wie es den Dienstenden
Arbeitern zutrifft, zeigt eine Mitgliederbefragung unseres Ver-
bandes, die am 22. Juli in Giesleben tagte. Dort wurde Klage ge-
führt über nicht ausreichende Löhne. Es wurden Lohnzettel vorgelegt,
monat Hauerlöhne von 5,05 Mark und 5,20 Mark für die Schicht zur
Ausszahlung gelangt sind. Die Befragungsergebnisse wurden er-
sucht, alles Material wie Lohnzettel usw. zu sammeln und an unsere
Verwaltungsstelle in Giesleben abzugeben, damit es von dort an die
zuständigen Stellen gelangen kann.

Auch die Rechtsregelung der 3 Arbeiter, darunter 2 Arbeiterver-
trakter auf dem Wetzelsbach wurden besprochen und einmütig verurteilt.
Die Arbeiter empfinden es als besonders bitter, daß derartiges auch
während des Krieges vorkommen kann, ohne daß den Verantwortlichen
etwas geschieht. In dem Erfolg des Generalleutnants Greener sei
gesagt: "Ein Hundesott, wer streift, solange unsere Heere vor dem
Feinde stehen!" Der Störtebeker ist die Mansfelder Gewerkschaft nicht,
die Teile ihrer Belegschaft Tage, ja Wochen aussperre, zum Nicht-
teil verurteile, ohne daß ein Hahn danach kräht.

Die Verhandlungen waren sich aber auch darin einig, daß alles
das nur als Vorspiel zu betrachten sei für das, was nach dem Kriege
hart, wenn es nicht gelingt, eine Zusammenfassung aller Kräfte in
einer starken Organisation zu erreichen. Die Mansfelder Gewerkschaft
sei nie anders gewesen und würde sich auch nicht ändern und zu anderen
brauchen, solange die Mehrzahl der Arbeiter im alten Gesellschaf-
ten weiterlebt, daß sich unter neuen Verbänden anzuschließen. Schuld
an den beschlagwerten Verhältnissen seien die Unorganisierten, und
sie müßten auch in vollem Maße dafür verantwortlich gemacht werden.
Es sei unzureichend, daß über die schlechten Verhältnisse zu entscheiden, so-
lange die Unorganisierten abseits ständen und dadurch zum Ausdruck
brächten, daß sie es nicht besser haben wollten. Selbstverständ-
lich müßten die Unorganisierten bei der einzige Weg zur Besserung.

Königreich Sachsen.

Werbearbeit im Bezirk Augau.

Auch in unserem Bezirk hat in den letzten Wochen eine Haus-
agitation eingesetzt, die in verschiedenen Zahlstellen recht zufrieden-
stellende Erfolge gezeigt hat. Leider hört man überall die Klage,
daß es an den notwendigen Gehaltszetteln fehlt. Und das ist sehr bedauerlich.
Wo gearbeitet wurde, sind auch neue Mitglieder gewonnen worden.
Das sollten sich alle Funktionäre und Mitglieder zu Herzen nehmen.
Von Wittenstein schreibt zum Beispiel ein Kamerad, daß er sich am
Sonntag, den 22. Juli, von früh 9 bis 1/2 Uhr aufgemacht habe, um
Mitglieder zu gewinnen. Der Erfolg war in der kurzen Zeit 8 Neu-
aufnahmen. Will jemand behaupten, daß dieses nicht überall möglich
wäre, wenn nur etwas gemacht würde. Die anderen Zahlstellen und
vor allem die Ortsverwaltungen mögen sich daran ein Beispiel nehmen
und es dem Kameraden in Wittenstein nachahmen, der Erfolg bleibt
nicht aus.

Saargebiet und Reichslande.

Besitzübertragung im Bezirk Saarbrücken, Elsass-Lorraine und die Pfalz.

Aus 22. Juli fand in Saarbrücken eine von über 150 Zahlstellen-
vertretern besuchte Besitzübertragung statt. Aus dem der Konferenz

vorgelegten Bericht über das erste Halbjahr 1917 geht hervor, daß sich
die Organisation gut entwickelt. Die Zahl der Zahlstellen ist von 66 auf 104 gestiegen, während die Einnahmen im Juni rund 12 000
Mark betrugen. In allen Zahlstellen wird eine lebhafte Agitation ent-
faltet, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Die Konferenz be-
schloß einstimmig, in allen Zahlstellen einen Totalauszug von 5 Pg.
pro Woche und Mitglied einzuführen. Nach Erörterung von Rechts-
schuhs- und Kartellangelegenheiten nahm die Konferenz ein Referat
des Kameraden Hausemann-Wochum über die Aussagen des Ver-
bandes in der Zukunft entgegen. Die einstellige Diskussion war
sehr lebhaft. Von allen Seiten wurde über Mangel in der Lebens-
mittelversorgung Klage geführt. Einmütig war die Konferenz darin,
daß energisch durchgegriffen werden müsse, um die Ernährung des
Volks sicher zu stellen. Die fiskalische Lohnpolitik erfordert eine hebe-
re Kritik. Klagen über unzureichende Löhne, schlechte Behandlung durch
Beamte treten immer wieder hervor. Gewünscht wurde auch, daß die
staatlichen Bergbaubehörden den Arbeitern, die auf den ihnen zu-
stehenden Urlaub verzichten, eine Lohnentschädigung gewähren möge.
Da in den bayerischen Staatsgruben eine solche Entschädigung bereits
bezahlt wird, so darf wohl angenommen werden, daß den Untergaben
Löhne gewährt werden müßten, wie sie den Bergarbeitern auf den staatlichen
Ruhrgruben gezahlt würden. Schließlich wurde einstimmig nachste-
hende Entschließung angenommen:

Die von etwa 150 Zahlstellenvertretern des Saarverbandes und der
Pfälzer Bergarbeiter-Konferenz des Bergarbeiter-Verbandes erkannt, daß
die Verbandsbildung unermüdlich bestrebt war, in der Ernährungs-
und Lohnfrage der Bergarbeiter Verbesserungen herbeizuführen. Das
war auf diesem Gebiete bisher erreicht wurde, ist im wesentlichen auf
die Tätigkeit der Organisation zurückzuführen. Die Konferenz ist
aber der Ansicht, daß die bisherige Verbesserung der Verbesserung und
verbessernden Arbeitsergebnissen der Bergarbeiter nicht genügt, um die
Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter sicher zu stellen. Soll die Rohstoff-
förderung in Zukunft nicht nur auf der bisherigen Höhe bleiben,
sondern noch gesteigert werden, dann ist es notwendig, daß die Le-
bensmittelversorgung bedeutend besser wird. Die Konferenz fordert
deshalb die maßgebenden Stellen im Reich, Staat und Gemeinde auf,
dafür zu sorgen, daß die neue Ernte vollständig der öffentlichen Be-
völkerungsförderung eingesetzt wird und für eine gerechte Verteilung gesorgt wird.

Als Anerkennung für die vergangenen Leistungen und als